

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: <https://www.researchgate.net/publication/393434710>

Demokratie in einer funktional differenzierten Gesellschaft: Gefährdungen demokratischer Ordnung und die Rolle des Militärs. (Stratos. Militärwissenschaftliche Zeitschrift der Schw...

Article · July 2025

CITATIONS

0

READS

46

1 author:



Rudolf Stichweh

University of Bonn

253 PUBLICATIONS 3,939 CITATIONS

SEE PROFILE

Expertise

Demokratie in einer funktional differenzierten Gesellschaft: Gefährdungen demokratischer Ordnung und die Rolle des Militärs



RUDOLF STICHWEH

Abstract

It was only after World War II that democracy became a stable political system now established in approximately half the states of the world. There are some key transformations in the genesis of stable democratic systems: the emergence of the inclusion of everyone into the public and performance rules of political systems; the genesis of a value preference for democracy that even motivates autocracies to claim democratic status; democracy as an Eigenvalue of political systems in a functionally differentiated world society and its role as a distinctive principle that

distinguishes democratic political systems from the different Eigenvalues of other function systems. Political democracies and other systems accept the limitations that are established by the Eigenvalues of other systems. Functionally specialized expert organisations that create such limitations arise in nearly all function systems. At the end the essay, the question is posed whether the military as an organisation in democratic polities can be compared to autonomous expert organisations in other function systems.

Schlüsselbegriffe Inklusion/Exklusion; Eigenwerte; Expertenorganisationen; funktionale Differenzierung; Militär

Keywords inclusion/exclusion; Eigenvalues; expert organisations; functional differentiation; military



PROFESSOR DR. RUDOLF STICHWEH, Professor für Soziologie, Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn; ständiger Gastprofessor Universität Luzern; Visiting Senior Research Fellow, Research Group, «China in the Global System of Science», MPI Wissenschaftsgeschichte, Berlin; Mitglied der Leopoldina und der NRW-Akademie der Wissenschaften und der Künste.

E-Mail: rstichweh@yahoo.de

Die Normalisierung von Demokratie

Demokratie ist in der Geschichte politischer Systeme eine relativ rezente Sozialstruktur. Demokratien waren vor 1914 selten; nach dem Ersten Weltkrieg war 1919 die Zahl demokratischer Länder auf 27 gestiegen, aber viele davon waren instabil, der Aufstieg des Faschismus und des Bolschewismus sowie die Weltwirtschaftskrise stellten den Glauben an die Leistungsfähigkeit der Demokratie in Frage und bis zum Jahr 1943 hatte sich die Zahl der Demokratien in der Welt auf 17 reduziert.¹ 1945 war dann ein Neubeginn für die Demokratie, wie dies auch 1918/19 der Fall gewesen war, und zum ersten Mal entstand eine Welt, in der Demokratien und nichtdemokratische Systeme gleich wahrscheinlich geworden sind und sich zudem ein semantischer Vorrang der Demokratie etabliert hat, der sich darin zeigt, dass sich auch die nichtdemokratischen Systeme gerne den Namen einer Demokratie geben – z. B. von «Volksdemokratie» sprechen, also die Stützung durch das Volk gleich in zwei verschiedenen Sprachen behaupten. Demokratien sind zudem im letzten halben Jahrhundert resilient geworden. Sie erleben Krisen, Gefährdungen und Bedrohungen, wie dies für alle sozialen Systeme gilt. Aber sie kehren in der Regel zu einer der Varianten von Demokratie zurück.² Dauerhafte Systemtransitionen sind sehr selten – und das gilt möglicherweise für demokratische und auch für autokratische Systeme (Russland mag ein gutes Beispiel sein).

Die Stellung der Demokratie im Gesellschaftssystem

Demokratie ist zunächst einmal jenes politische System, in dem sich eine vollständige Inklusion der Bevölkerung in alle Publikums- und Leistungsrollen des Systems vollzieht.³ Jede Partizipation als Beobachterin oder Beobachter und jede Art von Amtstätigkeit ist im Prinzip für jeden erreichbar. Gesellschaftsgeschichtlich läuft das parallel zu Individualisierung, die dann auch die Inklusionsformen prägt. Im Wahlakt in der Wahlkabine ist man für einen Augenblick tatsächlich allein und kann ein Leben lang Parteien und Kandidatinnen

und Kandidaten wählen, die Freunde und Familie nie billigen würden. Vor allem aber kann man in einer Demokratie alles werden und im Unterschied zum Papsttum, wo die prinzipielle Wählbarkeit eines jeden männlichen Gläubigen eine von der Wirklichkeit weit entfernte Möglichkeit ist, geschehen diese unwahrscheinlichen Aufstiege in der Politik tatsächlich. Donald Trump und sein gesamtes Kabinett sind dafür ein gutes Beispiel – und auch das Kabinett von Friedrich Merz, einschliesslich der unwahrscheinlichen

Rückkehr des vor 20 Jahren schon einmal gescheiterten Kanzlerkandidaten, trägt Spuren dieser Karriereoffenheit des Systems.

Neben der Frage der Inklusion eines jeden und jeder in alle Rollen, die für Teilnahme zur Verfügung stehen, ist auch die Frage der Platzierung von Entscheidungsmöglichkeiten für die

Realität von Inklusion von Bedeutung. Politik ist von ihrer Funktion her gesehen kollektiv bindendes Entscheiden. Was immer im Vorfeld geschieht, am Ende eines Prozesses steht im politischen System immer eine Entscheidung (alternativ eine Nichtentscheidung). Viel hängt davon ab, wo im System die Entscheidungsmöglichkeiten verortet sind. Sind sie an der Spitze des Systems konzentriert, steigen auch die Gefährdungen für eine demokratische Ordnung. Jemand, der Entscheidungen für die Ausschaltung oder Schwächung von Gegnern einsetzt, kann mit wenigen Entscheidungen relativ viel Demokratie zerstören. Donald Trumps erste Amtswochen im Frühjahr 2025, in denen er mit präsidentiellen Dekreten – auf zudem ungesicherter rechtlicher Basis – weitreichende Entscheidungen zu treffen versucht hat, sind ein Beispiel dafür. Anders ist es, wenn die Entscheidungskompetenzen über mehrere Ebenen des Systems verteilt sind. Inklusionschancen nehmen zu, Gefährdungen des Systems sind weniger wahrscheinlich.

In einer zweiten zentralen Hinsicht ist Demokratie ein «Eigenwert» des politischen Systems. Das bedeutet, dass es sich bei Demokratie nicht nur um eine bestimmte Ordnungsform des Politischen handelt,

«Politik ist von ihrer Funktion her gesehen kollektiv bindendes Entscheiden. Was immer im Vorfeld geschieht, am Ende eines Prozesses steht im politischen System immer eine Entscheidung (alternativ eine Nichtentscheidung).»

deren Vorhandensein deskriptiv festgestellt werden kann, sondern auch um eine institutionalisierte Präferenz, die einen gewissen Verpflichtungscharakter hat.⁴ Die Realität dieses Eigenwerts erkennt man unter anderem daran, dass sich ihm auch die autoritären Systeme nicht entziehen können, vielmehr typischerweise behaupten, dass sie bessere Verkörperungen des Demokratischen bedeuten. Der Autoritarismus des 21. Jahrhunderts erkennt den Wertvorteil des Demokratischen; in diesem Erfolg der Demokratie liegt erneut auch eine Gefährdung, weil dieser Erfolg Umdeutungen von Begriffen nahelegt, in denen diese mit Sinngehalten aufgeladen werden, die zunächst dem Demokratischen entgegengesetzt waren und es auch bleiben. Am Beispiel von «Nation» und «Volk» als den beiden Leitbegriffen für das Inklusionskollektiv, das die soziale Infrastruktur demokratischer Systeme bildet,⁵ lässt sich das gut illustrieren. Diese Inklusionskollektive werden in autokratischen Varianten mit Vorstellungen einer phantasierten Einheit dieser Kollektive aufgeladen: z. B. einer historisch-religiös fundierten Einheit einer Nation (Russland) oder einer durch die Gemeinsamkeit eines einzigen Willens herbeigeführten Einheit des Volks (Venezuela). Eine solche Umdeutung führt unweigerlich zu einer Autokratie hin, in der eine Herrschaftsinstanz diese Einheit repräsentiert.

«Demokratie» als Eigenwert des Politischen ist zugleich eine Selbstbeschreibung und eine Grenzziehung eines Funktionssystems der Gesellschaft. Das ist vielleicht die wichtigste Aussage, die man über die Gesellschaftslage von Demokratie machen kann. Wir haben es im Fall des politischen Systems mit einem Funktionssystem der Gesellschaft zu tun, dessen demokratischer Charakter sich gerade darin zeigt, dass es die Begrenzungen seiner Stellung in einer funktional differenzierten Gesellschaft respektiert. Demokratie ist der Eigenwert des politischen Systems. Die anderen Funktionssysteme haben andere Eigenwerte. Es gibt keine demokratische Wissenschaft oder demokratische Wirtschaft – diese beiden anderen Funktionssysteme werden durch das Interesse an verlässlichen Wissensgrundlagen für unsere Orientierung in der Welt bzw. durch das Interesse an einer verlässlichen, auch morgen gesicherten Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder getragen. Auch sie ruhen auf Vollinklusion, also auf Einbeziehung und Teilnahmemöglichkeiten eines jeden Ge-

sellschaftsmitglieds in diese Systeme – und analog kann man für jedes der weiteren Funktionssysteme der Gesellschaft argumentieren. Die Gemeinsamkeit der Fundierung in einem Inklusionsimperativ begründet das, was man die «Solidarität» der Funktionssysteme nennen könnte – und sie setzt zugleich der Intervention eines Funktionssystems in ein anderes Funktionssystem Grenzen. Dies sind Grenzen, die durch die Gleichrangigkeit oder Gleichbedeutsamkeit der Funktionssysteme bestimmt sind.

Autoritarismus ist dann jene politische Ordnung – und das ist ein sehr gut funktionierendes Unterscheidungskriterium –, die die Grenzen der Funktionssysteme nicht aushält und nicht tolerieren kann. Autoritäre Systeme verletzen oder ignorieren die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft; sie errichten Wirtschaftsordnungen, die die Funktion der Wirtschaft (zukunftsichere Bedürfnisbefriedigung) ignorieren und die Not der Bürger und Bürgerinnen für irrelevant halten (extrem heute Nordkorea); sie glauben, bestimmen zu können, welche religiösen Überzeugungen Gesellschaftsmitglieder besitzen dürfen und welche Glaubensmeinungen untersagt sind etc. etc.

In dieser Ordnung, die aus demokratischer Politik und der Autonomie der anderen Funktionssysteme besteht, gibt es einen Sonderfall. Das ist die Beziehung von Politik und Rechtssystem. Diese beiden Funktionssysteme waren lange nicht eindeutig unterschieden. Der König im europäischen Mittelalter war sowohl oberster Entscheider wie auch oberste Instanz der Konfliktbehandlung. Dennoch waren dies auch im Mittelalter zwei unterscheidbare Rollen und Imperative. Unter modernen Bedingungen ist eine enge strukturelle Kopplung von Recht und Politik erhalten geblieben. Politisches Entscheiden kann das Recht ändern, natürlich unter dem Vorbehalt, dass diese politischen Entscheidungen fortgeltendes Recht, das nicht ausdrücklich geändert worden ist, zu beachten haben. Umgekehrt gibt es eine im Rechtssystem erfolgende Normenkontrolle, die nahezu jedes politische Entscheiden unter dem Gesichtspunkt seiner Rechtmässigkeit prüfen kann. Hier gilt der Vorbehalt, dass politische Entscheidungsspielräume nicht übermässig eingeschränkt werden dürfen. Diese enge strukturelle Kopplung von Politik und Recht ist konfliktträchtig, wie in diesen Tagen in vielen

«In einer Gesellschaft mit funktionaler Differenzierung tritt eine interessante Folgeerscheinung auf. Die institutionelle Komplexität ist so gross, dass nicht von vornherein klar ist, wer für welches Problem zuständig ist.»

Ländern zu beobachten ist (Israel, USA, Polen). Diese Konflikte sind potentielle Gefährdungen von Demokratie. Wenn die Politik die Rechtsinstanzen massiv zurückdrängt und ausschaltet, wird sie dadurch zu autoritärer Politik. Die übermächtigen Bürgerinnen und Bürger haben keine Appellationsinstanz mehr. Wenn umgekehrt die Richterinnen und Richter eine politische Entscheidung nach der anderen invalidieren, können sie sich als eine politische Macht anstrebende Elitegruppierung erweisen, deren demokratische Legitimität in Frage steht.

In einer Gesellschaft mit funktionaler Differenzierung tritt eine interessante Folgeerscheinung auf. Die institutionelle Komplexität ist so gross, dass nicht von vornherein klar ist, wer für welches Problem zuständig ist. Wer löst die Probleme einer Pandemie? Sind Regierung und Parlament die richtigen Instanzen – oder eher die Institutionen der Public Health, die sinnvollerweise depolitisiert werden sollten, um sie der parteipolitischen Kontroverse zu entziehen? Wer bewältigt den Klimawandel? Ist in diesem Fall die Politik zuständig, die aber sowohl von der sachlichen Kompetenz her wie auch von ihrem zu kurzfristigen Zeithorizont – es müssen heute Vorkehrungen getroffen werden für eine Problemsituation, die aber erst in einer Zukunft, in der es dann zu spät ist, katastrophale Folgen zeitigt – wie schliesslich von ihrer zu begrenzten räumlichen Reichweite – das Problem ist zu global, als dass der einzelne Nationalstaat in seinen Grenzen sinnvoll und für seine Wählerschaft überzeugend zu handeln imstande wäre – strukturell überfordert ist? Oder muss man darauf hoffen, dass vom Wissenschaftssystem her und auf der Basis von Initiativen, die sich in dessen Nähe bilden, eine globale Expertenorganisation entsteht, die die Nationalstaaten in diesem Handlungsbereich der Tendenz nach verdrängt?⁶

Es gibt auf Fragen dieses Typs keine eindeutigen Antworten, die in jedem demokratischen politischen System der Welt auf die gleiche Weise gegeben werden. Die Entscheidung, für ein Problem zuständig zu sein, ist eine Entscheidung, die die demokrati-

sche Politik selbst treffen muss. Mit jeder Entscheidung für Zuständigkeit und auch jeder Entscheidung für Nichtzuständigkeit handelt die Politik sich ein Risiko ein. Sie kann ihre Wähler und Wählerinnen überzeugen, sie kann ihre legitime Handlungsmacht aber auch überziehen. Das kann zu Krisen führen, die dann manchmal nur die Krise der gerade regierenden Parteien sind (ein interessanter Ausgleichsmechanismus, über den nur Demokratien verfügen, weil sie relativ leicht die Regierung auswechseln können), die sich in manchen Fällen aber auch als Stabilitätskrise des demokratischen politischen Systems selbst erweisen. Das Letztere tritt auf, wenn zu viele Parteien das Vertrauen verloren haben und als Folge andere Parteien ernsthaft eine Chance bekommen, deren Bindung an demokratische Grundsätze aber in Frage steht.

Die funktionale Autonomie von Expertenorganisationen

In der Umwelt einer demokratischen Politik, aber in den anderen Funktionssystemen der Gesellschaft, entstehen in einer Reihe von Fällen Organisationen, die einerseits eine zentrale Stellung in dem jeweiligen Funktionssystem einnehmen, deren hauptsächlicher Tätigkeitsbereich aber durch Probleme bestimmt ist, die im Zwischenbereich zwischen der Politik und dem jeweiligen Funktionssystem liegen. Diese Organisationen sind in hohem Grade Expertenorganisationen, sie bearbeiten und entscheiden Sachfragen, die strategische Relevanz für zwei Funktionssysteme haben, aber der Modus ihres Operierens wird durch das nichtpolitische Funktionssystem bestimmt, so dass die Autonomie dieser Expertenorganisationen gegenüber der Politik signifikant ist. Die bekanntesten Beispiele solcher Expertenorganisationen mit funktionaler Autonomie sind Verfassungsgerichte (Autonomie des auf Recht gestützten Entscheidens) und Zentralbanken (Autonomie ökonomischen Wissens). Aber wir finden diese Expertenorganisationen auch in den anderen Funktionssystemen: Selbstverwaltungsorgane der Wissenschaft (ungeachtet politischer Bereitstellung der Forschungsmittel), Kartellämter (ungeachtet politischer Programme der Wirtschaftsförderung), Institutionen der Medikamentenzulassung (ungeachtet politischer Präferenzen für kulturell verankerte, aber medizinisch fragwürdige Therapieformen). Der Grad der funktionalen Autonomie dieser Organisationen

ist nicht immer derselbe. Autonomie ist jeweils Resultat einer Karriere, die am Anfang politische Einsetzung der Institutionen und der Personen kennt und danach Zeit verbraucht und Konfliktgeschichten verarbeitet. Aber das Gesamtbild dieser Organisationswelt im Umfeld der Politik ist ein eindrucksvolles Dokument einer funktional differenzierten Welt, in der die Funktionssysteme sich wechselseitig anerkennen, aber die jeweiligen Relationen auch unablässig neu aushandeln.

Die Rolle des Militärs

Vor dem Hintergrund einer gesellschaftsstrukturellen Verortung der Demokratie, die wir hier in ersten Umrissen angedeutet haben, und der Skizze funktional autonomer Expertenorganisationen, die ein wichtiger Teil dieses Bilds ist, stellt sich auch die Frage nach einer soziologischen Bestimmung des Militärs. Ist dies auch eine funktional autonome Expertenorganisation, die man mit Zentralbanken und Verfassungsgerichten vergleichen könnte?

«Das Militär nimmt nicht teil an Prozessen politischen Entscheidens – es muss sich diesen gegenüber vielmehr indifferent verhalten.»

Die unmittelbare Antwort auf diese Frage ist ein klares Nein. Wenn man die Perspektive funktionaler Differenzierung zugrunde legt, unterscheidet sich das Militär genau dadurch, dass es nicht die Perspektive eines von der Politik unterschiedenen Funktionssystems vertritt. Die Funktion des Militärs ist eine rein politische. Das Militär nimmt nicht teil an Prozessen politischen Entscheidens – es muss sich diesen gegenüber vielmehr indifferent verhalten. Aber es stützt in zentraler Weise die Autonomie politischen Entscheidens, indem es mithilft, nach innen das Monopol physischer Gewalt für den Staat zu sichern und damit garantiert (natürlich zusammen mit anderen Sicherheitsorganen), dass diese Entscheidungsprozesse rein kommunikativ ohne Gewaltdrohung im Hintergrund ablaufen können. Nach aussen sichert es die territoriale Integrität des Staates als eines Akteurs des weltpolitischen Systems, in dem gleichfalls weltpolitische Entscheidungsprozesse ablaufen, in denen die Drohung mit Gewalt viel wahr-

scheinlicher ist und diese durch die Verfügbarkeit von militärischer Gewalt eingedämmt wird, wie auch im Extremfall durch den Einsatz des Militärs die Integrität und Inklusion des Staates im weltpolitischen System verteidigt werden kann. Das ist hochgradig relevant, aber es ist keine funktionale Autonomie, weil die bestimmenden Entscheidungen immer auf der unmittelbar politischen Seite getroffen werden und nach der Entscheidung allenfalls operative Autonomie auf der Basis militärischer Expertise beansprucht werden kann.

«Demokratie benötigt Militär. Etwas anderes lässt die weltpolitische Situation äusserer Gefährdungen in Konfliktsituationen von Staaten nicht zu.»

Demokratie benötigt Militär. Etwas anderes lässt die weltpolitische Situation äusserer Gefährdungen in Konfliktsituationen von Staaten nicht zu. Aber die Unausweichlichkeit des Verfügens über eine militärische Organisation kann immer auch als die potentielle Gefährdung einer Demokratie gesehen werden: Es ist nicht auszuschliessen, dass jemand das Militär nach innen einzusetzen versucht (wie vor wenigen Monaten in der südkoreanischen Demokratie); es ist nicht auszuschliessen, dass jemand das Militär in einem äusseren Konflikt einsetzt, aber dies mit einer innenpolitischen, Konflikte in der eigenen Demokratie beeinflussen wollenden, Absicht tut (wie gegenwärtig vielleicht die Regierung Israels im Gazakrieg). Insofern ist für die Demokratie das Militär, wie dies für andere unverzichtbare Institutionen auch gilt, immer auch ein Risiko, das durch geeignete Massnahmen (eine Disziplin der militärischen Indifferenz gegenüber politischen Meinungsdivergenzen gekoppelt mit einer sozialisatorischen Bindung an Grundprinzipien des Demokratischen) verringert werden muss. Diese Kopplung von Indifferenz gegenüber politischen Differenzen und starker Bindung an demokratische Prinzipien ist paradox – und zumindest in dieser Paradoxie liegt eine Parallele zu der funktionalen Autonomie der anderen gesellschaftsbestimmenden Expertenorganisationen. Politikerinnen und Politiker sind zudem keine Spezialisten für den Einsatz und die potentiellen Wirkungen physi-

scher Gewalt, Militärs sind genau dies, und auch darin liegt eine funktionale Expertise, die kein eigenes Funktionssystem ist, aber in der Politik selbst eigentlich nicht verfügbar ist. ♦

Endnoten

- 1 Gunitsky 2017, 103.
- 2 Levitsky/Way 2015; Levitsky/Way 2023.
- 3 Stichweh 2021.
- 4 Ein Wert ist in der klassischen Definition von Clyde Kluckhohn eine «conception of the desirable type of society» (Kluckhohn 1951)
- 5 Näher dazu Stichweh 2021.
- 6 So Willke 2023 und siehe den diese Fragen diskutierenden Sammelband Baecker et. al. 2025.

Bibliographie

- Baecker, D., Bette, K. H., & Lehmann, M. (Eds.). (2025). *Die Rettung des Planeten. Wie reagiert die Gesellschaft auf die Klimakatastrophe?* Frankfurt a.M.: Campus.
- Gunitsky, S. (2017). *Aftershocks: Great Powers and Domestic Reforms in the Twentieth Century*. Princeton: Princeton University Press.
- Kluckhohn, C. (1951). Values and Value Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification. In T. Parsons & E. A. Shils (Eds.), *Toward a General Theory of Action* (pp. 388-433). New York: Harper & Row.
- Levitsky, S., & Way, L. A. (2015). The Myth of Democratic Recession. *Journal of Democracy*, 26(1), 45–58.
- Levitsky, S., & Way, L. A. (2023). Democracy's Surprising Resilience. *Journal of Democracy*, 34(4), 5–20.
- Stichweh, R. (2021). Individual and Collective Inclusion and Exclusion. In A. L. Ahlers, D. Krichewsky, E. Moser, & R. Stichweh (Eds.), *Democratic and Authoritarian Political Systems in 21st Century World Society*. Vol. 1 - Differentiation, Inclusion, Responsiveness (pp. 13–38). Bielefeld: Transcript (OA).
- Willke, H. (2023). *Klimakrise und Gesellschaftstheorie. Zu den Herausforderungen und Chancen globaler Umweltpolitik*. Frankfurt/New York: Campus.